

die Ausführpreise hingegen nur um 2% und 1%. Dadurch haben sich die Austauschverhältnisse, die sich von Mitte 1954 bis Mitte 1955 rasch zugunsten Österreichs verbessert hatten, wieder verschlechtert. Sie waren im März 1956 aber immer noch um einen Punkt besser als im März 1955.

Die Preisdynamik geht hauptsächlich von den Rohstoffen aus. Da aber gerade für Österreichs wichtigsten Exportrohstoff Holz die Hausse auf den Weltmärkten nachließ, war der Preisindex für Rohstoffexporte im März sogar um 8% niedriger als im September des Vorjahres. Der Preisindex der Rohstoffimporte ist dagegen im letzten halben Jahr um

12% gestiegen (insbesondere Importkohle und -koks wurden teurer). Die steigenden Exportpreise für Halbfertigwaren (sie erhöhten sich seit September um 9%) bei unveränderten Importpreisen konnten die ungünstige Preisschere bei den Rohstoffen nicht ausgleichen.

Rohstoffpreise im Außenhandel

	1955				1956 III.
	III.	VI.	IX. 1954=100	XII.	
Exportpreise	104	115	116	111	108
Importpreise	102	104	103	106	115
Austauschverhältnis ¹⁾	102	111	113	105	94

¹⁾ Exportpreisindex dividiert durch Importpreisindex

Der Bundeshaushalt im Jahre 1955

Wie in den Vorjahren war auch im Jahre 1955 das Budget günstiger als der Voranschlag. Die ordentliche Gebarung schloß mit einem Überschuß von 697 Mill. S, obwohl ursprünglich ein Defizit von 870 Mill. S veranschlagt worden war. Der Überschuß in der ordentlichen Gebarung deckte allerdings nur zwei Fünftel des Abganges im außerordentlichen Haushalt von 1.713 Mill. S. Rund 1 Mrd. S Ausgaben wurden aus Kassenreserven finanziert, die der Bund in den Vorjahren vorsorglich angesammelt hatte. In den Jahren 1953 und 1954 dagegen war die Gesamtgebarung aktiv gewesen.

Das Budget wurde im Jahre 1955 passiv, weil der Bund verschiedene zusätzliche Verpflichtungen übernehmen mußte und ein ambitioniertes Investitionsprogramm zu realisieren versuchte. Die Gesamtausgaben des Bundes stiegen um 16%, stärker als das Brutto-Nationalprodukt, das dank der ausgezeichneten Konjunktur um 14% zunahm. Dagegen waren die laufenden Einnahmen nur um 12% höher als im Vorjahre, da sich die Senkung bzw. Aufhebung verschiedener direkter Steuern zum ersten Male voll auswirkte. Der Übergang von einem restriktiven zu einem expansiven Budget förderte die ohnehin sehr kräftigen konjunkturellen Auftriebskräfte und machte es schwierig, die Konjunktur auf hohem Niveau zu stabilisieren.

Ausgaben

Die Gesamtausgaben des Bundes waren im Jahre 1955 mit 28.779 Mill. S (davon 2.008 Mill. S im außerordentlichen Haushalt) um 3,89 Mrd. S höher als im

Vorjahr. Die Mehrausgaben, die nur zu etwa 60% durch Mehreinnahmen gedeckt werden konnten, entstanden vor allem durch zusätzliche Aufwendungen für Gehälter und Pensionen (2. und 3. Stufe des Nachziehverfahrens für Bundesbedienstete, weitere Gehaltserhöhungen ab 1. April 1955), für den Familienlastenausgleich, für Leistungen aus dem Staatsvertrag

Der Bundeshaushalt 1955

	Ausgaben		Einnahmen		Überschuß (+) Abgang (-)	
	1955 vorl. Erfolg	1954 Erfolg	1955 vorl. Erfolg	1954 Erfolg	1955 vorl. Erfolg	1954 Erfolg
Mill. S						
A. Ordentliche Gebarung						
Höchstverwaltung	17.100	14.648	18.993	17.006	+1.893	+2.358
Monopole	510	475	790	696	+280	+221
Betriebe	2.860	2.474	2.737	2.381	-123	-93
Bundesbahnen	5.973	5.097	4.610	4.157	-1.363	-940
ERP-Gebarung	328	223	338	288	+10	+65
Zusammen	26.771	22.917	27.468	24.528	+697	+1.611
B. Außerordentliche Gebarung						
Bundesinvestitionsprogramm	1.712	1.087	—	—	-1.712	-1.087
ERP-Investitionen	296	885	295	885	-1	—
Zusammen	2.008	1.972	295	885	-1.713	-1.087
C. Budgetmäßiger Gesamterfolg	28.779	24.889	27.763	25.413	-1.016	+524
D. Anlehensgebarung¹⁾	124	684	147	2.077	+23	+1.393
E. Unwirksame Gebarung²⁾		1.443		782	-	-782
F. Veränderung der Kassenbestände					-993	+1.256

¹⁾ Saldo der Kreditoperationen — ²⁾ Einnahmen und Ausgaben ohne gebarungserfolg oder vermögenswirksamen Effekt (z. B. Kassenbewegung für fremde Rechnung) einschl. Veränderung der Zahlungsrückstände — ³⁾ Einschluß der Differenz von 10 Mill. S zwischen Kassenerfolg und Gebarungserfolg — ⁴⁾ Genaue Unterlagen über die unwirksame Gebarung 1955 und die Entwicklung der Zahlungsrückstände liegen noch nicht vor. Auf Grund überschlägiger, vorläufiger Ermittlungen der Budgetsektion des Bundesministeriums für Finanzen kann jedoch angenommen werden, daß diese Gebarung annähernd ausgeglichen sein dürfte.

Die Bundesausgaben 1955

	1954 Erfolg	1955 vorl. Erfolg Mill. S	Zunahme (+) Abnahme (-)
I. Ordentliche Gebarung der Hoheitsverwaltung			
Personalaufwand der Aktiven ¹⁾	3.114	3.723	+ 609
Pensionen	1.408	1.572	+ 164
Renten und Unterstützungen	3.399	3.417	+ 18
Zuschüsse an Sozialversicherungsanstalten	1.250	1.164	- 86
Subventionen	1.085	1.047	- 38
Staatsschuld	643	978	+ 335
Bruttoinvestitionen der ordentlichen Gebarung	628	749	+ 121
Investitionsförderung der ordentlichen Gebarung	746	941	+ 195
Instandhaltung und Reparaturen	452	525	+ 73
Überweisung des Überschusses des Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfe an den Familienbeihilfenausgleichsfonds ²⁾	—	436 ²⁾	+ 436
Ablösezahlungen an die UdSSR aus dem Titel des Staatsvertrages	—	297	+ 297
Landesverteidigung (ohne Personalaufwand)	—	138	+ 138
Übriger Sachaufwand, Vermögensstraktionen und sonstige Ausgaben (Restpost)	1.923	2.113	+ 190
Zusammen (I)	14.648	17.100	+ 2.452
II. Ordentliche Gebarung der Monopole und Betriebe			
Monopole	475	510	+ 35
Post	2.033	2.315	+ 282
Bundesbahn	5.097	5.973	+ 876
Sonstige	441	545	+ 104
Zusammen (II)	8.046	9.343	+ 1.297
III. Ordentliche ERP-Gebarung			
	223	328	+ 105
IV. Ao. Gebarung			
	1.087	1.712	+ 625
Bundesinvestitionsprogramm			
ERP-Investitionen			
Industrie	692	134	- 558
Sonstige	193	162	- 31
Zusammen (IV)	1.972	2.008	+ 36
V. Ausgaben insgesamt (I-IV)	24.889	28.779	+ 3.890

¹⁾ Einschließlich Arbeiterlöhne, Bezugsvorschüsse, Beihilfen und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, jedoch ohne die im Investitionsaufwand bzw. in Zweckkrediten verrechneten Personalkosten — ²⁾ Es handelt sich um einen Durchlaufposten, der in gleicher Höhe unter den Ressoreinnahmen (Kap. 26, Übergangsmaßnahmen) wieder eingeht

(Ablöseverpflichtungen an die UdSSR), für den Aufbau der Landesverteidigung sowie für bauliche Investitionen (Straßenbau, Autobahn usw.).

Der überwiegende Teil der Sachmehrausgaben war im Bundesvoranschlag 1955 entweder überhaupt noch nicht (z. B. Staatsvertrag und Familienbeihilfen) oder nur unzureichend (z. B. Personalaufwand, Staatsschuld, Darlehen usw.) berücksichtigt worden. Nicht zuletzt wurden auch die Ansätze für die Monopole und Bundesbetriebe beträchtlich überschritten. Nennenswerte Einsparungen ergaben sich nur an Arbeitslosen-Unterstützungen und an den stark rückläufigen ERP-Darlehen, die für Investitionen in anderen Wirtschaftsbereichen gewährt wurden.

Der *Personalaufwand*, der sich schon in den letzten Jahren merklich erhöht hatte, stieg im Jahre 1955 um 16%. Gegenüber 1952, dem letzten Jahr vor Beginn der etappenweisen Nachziehung und Ent-

nivellierung der Bezüge der Bundesbediensteten, lag er bereits um 34% höher (Aktive + 36%, Pensionisten + 30%). In der gleichen Zeit stieg die private Lohn- und Gehaltssumme nur um etwa 24%, obwohl die Beschäftigung in der Privatwirtschaft etwas stärker zunahm als im öffentlichen Sektor.

Insgesamt hatte der Bund im Jahre 1955 einen Personalaufwand von 10,6 Mrd. S (7,1 Mrd. S für Aktive und 3,5 Mrd. S für Pensionisten), das sind 39,5% der ordentlichen Gebarung gegenüber 9,1 Mrd. S im Jahre 1954. Im laufenden Rechnungsjahr ist bereits eine weitere Erhöhung auf rund 12 Mrd. S abzusehen¹⁾.

Entwicklung des Personalaufwandes

	1954 Erfolg	1955 vorl. Erfolg Mill. S	Mehrbelastung
Löhne und Gehälter der Aktiven¹⁾			
Hoheitsverwaltung	3.114	3.723	+ 609
Monopole und Betriebe	2.843	3.348	+ 505
	5.957	7.071	+ 1.114
Pensionen			
Hoheitsverwaltung	1.408	1.572	+ 164
Monopole und Betriebe	1.728	1.938	+ 210
	3.136	3.510	+ 374
Insgesamt			
Hoheitsverwaltung	4.522	5.295	+ 772
Monopole und Betriebe	4.571	5.286	+ 715
Summe	9.093	10.581	+ 1.488

¹⁾ Einschließlich Arbeiterlöhne, Bezugsvorschüsse, Beihilfen und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, jedoch ohne die im Investitionsaufwand bzw. in Zweckkrediten verrechneten Personalkosten

Der Aufwand für *Renten und Unterstützungen* (ohne Pensionen) stieg nur um 18 Mill. S und war auch nur geringfügig höher als im Jahre 1953. Diese Stabilität der Transferleistungen hängt eng mit der günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt seit der Konjunkturbelebung im Jahre 1953 zusammen. Während damals noch 1.110 Mill. S für Arbeitslosenunterstützungen aufgewendet werden mußten, waren hierfür im Jahre 1955 nur noch 703 Mill. S erforderlich. Es ist durchaus möglich, daß im laufenden Jahr sogar ein etwas geringerer Betrag ausreichen wird.

Von den sonstigen Transferzahlungen sind nur die Kinder- und Familienbeihilfen verhältnismäßig stark gestiegen, vor allem weil das bisherige Kinderbeihilfesystem auch auf die selbständig Erwerbstätigen ausgedehnt wurde²⁾.

¹⁾ Davon waren 11,58 Mrd. S bereits im Bundesvoranschlag 1956 vorgesehen. Außerdem sind 400 Mill. S für 85%ige Valorisierung der Beamtengehälter auf Grund des Gehaltsgesetzes 1956 erforderlich. Die Valorisierung (100% = Grundbezug laut Gehaltsüberleitungsgesetz 1946 + 50 S × 4), die voraussichtlich erst im Jahre 1957 erreicht wird, wird den Personalaufwand nochmals erhöhen.

²⁾ Auf Grund des Familienlastenausgleichsgesetzes 1955 erhalten ab 1. Jänner 1955 alle selbständig Erwerbstätigen auf Antrag 105 S Beihilfe für das zweite, je 150 S für das dritte und vierte sowie 200 S für jedes weitere Kind unter 18 Jahren (wenn es in Ausbildung steht bis 25 Jahre). Sie wurden damit

Der Bundeszuschuß zur Sozialversicherung konnte dank der günstigen Beschäftigungslage etwas ermäßigt werden. In den nächsten Jahren ist jedoch infolge der Überalterung der Bevölkerung und der Verbesserung der Altersversorgung (nicht zuletzt durch das ASVG) wieder mit steigenden Zuschüssen zu rechnen.

Renten und andere öffentliche Unterstützungen

	1954 Erfolg	1955 vorl. Erfolg Mill S	Zunahme (+) Abnahme (-)
Arbeitslosenunterstützungen	988	703	-285
Kriegsopferfürsorge	962	964	+ 2
Kleinrentner	32	34	+ 2
Opferfürsorge	43	43	—
Kinder- und Familienbeihilfen (einschließlich Ernährungsbeihilfen)	1 245	1 641	+396
Haftenschädigung und Wiedergutmachung	90	26	- 64
Katastrophenhilfe und sonstige Unterstützungen	39	6	- 33
	3 399	3 417	+ 18

Einschließlich der Pensionen und des Zuschusses zur Sozialversicherung befaßen sich die gesamten Transferzahlungen des Bundes an private Haushalte im Berichtsjahr auf 81 Mrd. S. In den Jahren 1954 und 1953 betragen sie 78 und 73 Mrd. S. Da sie weniger stiegen als die Gesamtausgaben, ist ihr Anteil an den öffentlichen Ausgaben zurückgegangen (Der Anteil der öffentlichen Transferleistungen am Volkseinkommen geht meist in guten Konjunkturjahren zurück und steigt rasch bei einer Konjunkturabschwächung).

Die Preisstützungen konnten in den vergangenen Jahren leicht abgebaut werden. Vor allem war es dank sinkenden Weltmarktpreisen für Getreide und Futtermittel möglich, die Importsubventionen, die die höheren Importpreise auf die Inlandspreise herabschleusen, stark zu reduzieren. Die Stützung des Milchpreises allerdings erfordert infolge steigender Marktleistung ständig mehr Mittel. Dadurch verlagert sich der Schwerpunkt der Subventionen zunehmend von den Importen zur Inlandserzeugung. Falls die bevorstehende Erhöhung der Erzeugerpreise für Milch vom Bund subventioniert werden muß, wird sich diese Tendenz weiter verstärken und der Bund müßte für Preisstützungen noch höhere Beträge ausschütten.

Für Investitionen und investitionsähnliche Zwecke (Bruttoinvestitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft) stellte der Bund im Jahre 1955 mit 5,8 Mrd. S (davon 3,8 Mrd. S im ordentlichen und 2,0 Mrd. S im

bis auf die Beihilfe für das erste Kind den Unselbständigen gleichgestellt. Seit der ersten Novelle zu diesem Gesetz erhalten jedoch ab 1. Jänner 1956 auch die Selbständigen eine Beihilfe für das erste Kind (50 S). Gleichzeitig wurde für alle Erwerbstätigen die Beihilfe für das zweite Kind um 20 S auf 125 S erhöht und eine Geburtshilfe in Höhe von 500 S für alle nach dem 31. Dezember 1954 geborenen Kinder eingeführt.

Subventionen

	1954 Erfolg	1955 vorl. Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)		
		Mill S.			
Brotpreisstützung	320	371	+51		
Milchpreisstützung	239	255	+16		
Sonstige Lebensmittelstützungen	94	55	-39		
Futtermittelpreisausgleich	192	184	- 8		
Düngemittelpreisausgleich	114	99	-15		
Viehpreisstützung	38	40	+ 2		
Saatgutverbilligung	11	4	- 7		
Transportkostenzuschuß für Gebirgsbauern	6	7	+ 1		
Subvention für landwirtschaftliche Produkte insgesamt	1 014	1 015	+ 1		
Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft	61	32	-29		
Sonstige Stützungen	10	—	-10		
Zusammen	1 085	1 047	-38		
davon		%	%		
Importe	444	41	423	40	-21
Inlandserzeugung	641	59	624	60	-17
	1 085	100	1 047	100	-38

außerordentlichen Haushalt) den bisher höchsten Betrag zur Verfügung, obwohl (oder weil) die Counterpart-Freigaben empfindlich (um 0,6 Mrd. S) zurückgingen.

Von großer Bedeutung für die öffentliche Investitionstätigkeit sind die beiden öffentlichen Wohnbaufonds¹⁾, die im Bundeshaushalt nicht verrechnet werden. Ihnen standen 1955 für Darlehensgewährungen 992 Mill. S (1954: 750 Mill. S) aus steuerähnlichen Einnahmen zur Verfügung. Dazu kommen noch die bereits budgetär verrechneten Bundeszuschüsse sowie die Erlöse aus Anleiheoperationen (Wohnhaus-Wiederaufbau-Anleihe 1954: 400 Mill. S). Eine weitere wichtige Funktion üben die Wohnbaufonds durch die Übernahme der Fondshaftung für Vorfinanzierungsdarlehen privater Kreditgeber aus. Der Investitionseffekt der öffentlichen Mittel auf dem Wohnbausektor wird dadurch indirekt beträchtlich verstärkt. Insgesamt finanzierten im Jahre 1955 die Wohnbaufonds direkt und indirekt ein Bauvolumen von 1,8 Mrd. S.

Bauvolumen der öffentlichen Wohnbaufonds

	1954	1955	Zunahme (+) Abnahme (-)
		Mill S	
I Wohnhaus-Wiederaufbaufonds			
Bewilligte Darlehen			
aus Beiträgen zum WWF	614	438	-176
aus Anleihen des WWF	272	314	+ 42
aus Vorfinanzierungsdarlehen	600	207	-393
	1.486	959	-527
II Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds			
Bewilligte Darlehen	281	400 ²⁾	+119
Eigenfinanzierungsanteil der Darlehenswerber	301	400 ²⁾	+ 99
	582	800	+218
Gesamtes durch öffentliche Wohnbaufonds gefördertes Bauvolumen	2.068	1.759	-309

¹⁾ Vorläufige Schätzung auf Grund der Eingänge an Wohnbauförderungsbeiträgen einschl. Bundeszuschuß 1955. — ²⁾ Schätzung (durchschnittlicher Selbstfinanzierungsanteil 50%).

¹⁾ Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds

Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung des Bundes

	1954			1955			Zunahme (+) Abnahme (-)
	ord. Gebarung	Erfolg a. o.	insgesamt	ord. Gebarung	vorl. Erfolg a. o.	insgesamt	
Mill. S							
I Hoheitsverwaltung							
Straßen und Brücken	407	125	532	545	352	897	+ 365
Bundesgebäude Hochbau	351	17	368	416	19	435	+ 67
Wasserbau	104	—	104	106	—	106	+ 2
Sonstige Bauten	35	—	35	30	—	30	— 5
Inventar Maschinen und Fahrzeuge	183	4	187	177	13	190	+ 3
zusammen	1 080	146	1 226	1 274	384	1 658	+ 432
dav. Erhaltungsaufwand			452			525 ¹⁾	+ 73
Bruttoinvestitionen			774			1 133	+ 359
II Bundesbetriebe und Monopole							
Bundesbahn	977	554	1 531	1 143	685	1 828	+ 297
Post	338	210	548	354	375	729	+ 181
Bundesforstc	32	17	49	26	35	61	+ 12
Bundestheater	4	94	98	3	127	130	+ 32
Monopole	29	—	29	19	—	19	— 10
Sonstige	5	—	5	5	—	5	—
zusammen	1 385	875	2 260	1 550	1 222	2 772	+ 512
dav. Erhaltungsaufwand			553			549 ¹⁾	— 4
Bruttoinvestitionen			1 707			2 223	+ 516
II Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft							
Wohnungsbau	106	79	185	166	112	278	+ 93
Ausbau der Land- und Forstwirtschaft	331	103	434	320	99	419	— 15
Förderung der Industrie- und Erzeugung	30	692	722	35	134	169	— 553
Fremdenverkehr	43	14	57	56	22	78	+ 21
Sonstige Darlehen zur Investitions- und Produktivitätsförderung	236	63	299	364	35	399	+ 100
zusammen	746	951	1 697	941	402	1 343	— 354
Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung insgesamt							
(Summe I—III)	3 211	1 972	5 183	3 765	2 008	5 773	+ 590
dav. Erhaltungsaufwand			1 005			1 074 ¹⁾	+ 69
echte Investitionen			4 178			4 699	+ 521

¹⁾ Mangels genauerer Daten: Ansätze des Bundesvoranschlags 1955 mit fundierten Adaptierungen.

Die mittelbare Investitionsförderung hat abgenommen, die direkten Bundesinvestitionen in der Hoheitsverwaltung (Straßen) und den Bundesbetrieben (Post, Bahn) sind vermehrt worden

Die Investitionsvorhaben des Bundes werden immer mehr aus Kreditoperationen (Anleihen) sowie aus steuerähnlichen Wohnbaubeiträgen finanziert, die außerbudgetär verrechnet werden. Nach wie vor sind aber die Steuern und ordentlichen Einnahmen die Hauptfinanzierungsquelle; sie deckten im Jahre 1955 fast zwei Drittel aller Bundesinvestitionen. Die ERP-Investitionen des Bundes hingegen haben 1955 einen vorläufigen Tiefstand erreicht. Größere Rückflüsse ermöglichen in den kommenden Jahren vielleicht wieder steigende Dotationen. Für 1956 wurden bereits wie im Vorjahr 700 Mill. S für Investitionszwecke

freigegeben; allerdings wird nur die Hälfte durch die Bundesgebarung laufen¹⁾

Investitionsfinanzierung des Bundes

	1953		1954		1955 ¹⁾	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Finanzierungsquellen						
Steuern und ordentliche Einnahmen	1 88	51	3 24	66	3 54	62
Außerbudgetär verrechnete steuerähnliche Wohnbaubeiträge	0 72	20	0 75	15	0 99	17
Kreditoperationen (Anleihen)	0 15	4	0 00	0 ²⁾	0 79	14
ERP-Counterpart-Freigaben ³⁾	0 90	25	0 94	19	0 37	7
Zusammen	3 65	100	4 93	100	5 69	100
Verwendung						
Hoheitsverwaltung (Bund) ⁴⁾	0 51	14	0 77	15	1 13	20
Monopole und Betriebe ⁵⁾	1 28	35	1 71	35	2 22	39
Übrige Wirtschaft ⁶⁾						
Industrie, Gewerbe usw.	0 44	12	1 00	20	0 51	9
Land- und Forstwirtschaft	0 26	7	0 43	9	0 42	7
Wohnbau	1 10	30	0 93	19	1 27	22
Sonstige ⁷⁾	0 06	2	0 09	2	0 14	3
Insgesamt	3 65	100	4 93	100	5 69	100

¹⁾ Wohnhaus-Wiederaufbaubeiträge vom Einkommen Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz sowie Wohnbauförderungsbeiträge — ²⁾ ERP-Mittel im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt — ³⁾ Bruttoinvestitionen ohne Instandhaltung. — ⁴⁾ Investitionsförderung aus Bundes- oder ERP-Mitteln teils in Form von Kapitalzuschüssen überwiegend jedoch in Form von Darlehen — ⁵⁾ Fremdenverkehr, Produktivitätsförderung usw. — ⁶⁾ Dank der aktiven Gesamtgebarung des Jahres 1954 mußten keine Anleiherlöse in Anspruch genommen werden. Die Erlöse der 1954 begebenen Anleihen konnten vielmehr zur Gänze reserviert werden — ⁷⁾ Vorläufige Angaben

Einnahmen

Die Gesamteinnahmen des Bundes waren mit 27.763 Mill. S um 2 35 Mrd. S oder 9% höher als im Vorjahr. Ohne die stark verringerten ERP-Counterparteinnahmen im außerordentlichen Haushalt — sie sanken von 885 Mill. S im Jahre 1954 auf 295 Mill. S im Jahre 1955 —, die das Gesamtbild der Budgeteinnahmen verzerren, betrug die Steigerung der Einnahmen 2 94 Mrd. S oder 12%.

Von den Bundeseinnahmen im engeren Sinne (ohne die außerordentlichen ERP-Einnahmen) stammten 16 40 Mrd. S oder 60% aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, 8 14 Mrd. S oder 30% aus erwerbswirtschaftlichen Einnahmen der Monopole und Betriebe und der Rest von 2 93 Mill. S oder 10% aus Kostenersätzen, Ressorteneinnahmen, Einnahmen aus der Vermögensverwaltung und sonstigen Erträgen. Die Einnahmenstruktur hat sich damit in den letzten Jahren kaum verändert. (In den Jahren 1954 und 1953 verteilten sich die Einnahmen wie 61 zu 30 u. 9 und 62 zu 30 u. 8.)

¹⁾ Die ERP-Gebarung des Bundes führt leicht irre da auch die Österreichische Nationalbank namhafte ERP-Mittel aus Rückflüssen von ERP-Krediten verwaltet, die sie vor dem 20. Juni 1952 der Industrie gewährt hatte. Diese Rückflüsse waren bis 1953 geringfügig, in den Jahren 1954 und 1955 jedoch spielten sie im Vergleich zur Bundes-ERP-Gebarung bereits eine beachtliche Rolle. Von den gesamten rund 700 Mill. S ERP-Freigaben im Jahre 1955 verwaltete der Bund nur 375 Mill. S, den fast gleich großen Rest jedoch die Nationalbank

Die Bundeseinnahmen 1955

	1954 Erfolg	1955 vorl. Erfolg Mill. S	Zunahme (+) Abnahme (-)
I. Laufende Einnahmen der Hoheitsverwaltung			
Steuern und Abgaben	12 454	13 521	+ 1 067
Steuerähnliche Einnahmen	2 531	2 894	+ 363
Laufende Beiträge anderer öffentl. Körperschaften und Fonds ¹⁾	134	140	+ 6
Pensionsbeiträge und Beiträge auf Grund des Bonner Abkommens	81	185	+ 104
Gewinnabföhrn	480 ²⁾	90 ³⁾	- 390
Zinsen	127	150	+ 23
Übcrtrag des Überschusses des Kinderbeihilfenfonds a d Familienbeihilfenfonds	--	436 ⁴⁾	+ 436
Laufende Ressortcinnahmen und sonstige (Restpost) ⁵⁾	1.199	1.577	+ 378
	17 006	18 993	+ 1 987
II. Einnahmen der Monopole und Bundesbetriebe			
Monopole	696	790	+ 94
Post	1 957	2 120	+ 163
Bundesbahnen	4 157	4 610	+ 453
Sonstige	424	617	+ 193
	7 234	8 137	+ 903
III. Ordentliche ERP-Gebarung			
ERP-Rückflüsse (einschl. Zinsen)	232	258	+ 26
ERP-Freigaben f. d. ordentl. Gebarung	56	80	+ 24
	288	338	+ 50
IV. Außerordentliche Gebarung			
ERP-Freigaben	885	295	- 590
V. Einnahmen insgesamt (Sa I-IV)			
	25 413	27 763	+ 2 350
Gesamtgebarungserfolg	+ 524	- 1 016	

¹⁾ Transfer von Ländern, Gemeinden, Kammern, Sozialversicherung und Fonds -

²⁾ Davon von Nationalbank 460 Mill. S und Postsparkasse 12 Mill. S - ³⁾ Davon von Nationalbank 50 Mill. S und Postsparkasse 33 Mill. S - ⁴⁾ Statistischer Durchlaufposten - ⁵⁾ Kostenersatz für öffentl. Leistungen durch Private, sowie Einnahmen aus Vermögenstransaktionen (Rückzahlung von Darlehen, Verkaufserlöse usw.) und diverse sonstige Erträge

Die Steuererträge stiegen gegenüber dem Vorjahr brutto um 1.353 Mill. S (8%) und netto (nach Abzug der Ertragsanteile der Länder und Gemeinden) um 1.067 Mill. S (9%). Der Mehrertrag ist ausschließlich den indirekten Steuern (+ 1.893 Mill. S = + 19%) zu danken. Die Einnahmen an direkten Steuern hingegen gingen infolge der Steuersenkungen und des Wegfalles der Besatzungskostenbeiträge um 540 Mill. S zurück.

Bei der Einkommensteuer wurde erstmals die Steuersenkung vom Jahre 1954 fühlbar. (Die Einkünfte waren um 7% geringer als im Vorjahr.) Die Ermäßigung der Lohnsteuer hatte sich dagegen schon im Jahr vorher ausgewirkt. Die zweite Steuersenkung vom 1. Jänner 1955 wurde durch das Steigen der Lohn- und Gehaltssumme leicht überkompensiert. Die Aufhebung der Aufbringungsumlage und des Besatzungskostenbeitrages vom Vermögen verminderte ebenfalls die entsprechenden Steuererträge. Dagegen ist nach der Aufhebung der Besatzungskostenbeiträge vom Einkommen deren Ertrag zum Teil nur formell zurückgegangen. An die Stelle des bisherigen 10%igen Zuschlages zur Einkommen(Lohn)steuer sind 5% als

Steuern und steuerähnliche Einnahmen

	1954 Erfolg	1955 vorl. Erfolg Mill. S	Zunahme (+) Abnahme (-)
A. Steuern			
Direkte Steuern			
Einkommensteuer	2 365	2 200	- 165
Lohnsteuer	1 404	1 458	+ 54
Körperschaftsteuer	1 083	1 080	- 3
Vermögensteuer und Aufbringungsumlage	205	163	- 42
Gewerbesteuer	1 629	1 621	- 8
Besatzungskostenbeiträge	842	305	- 537
Sonstige direkte Steuern	30	191	+ 161
Zusammen	7 558	7 018	- 540
Indirekte Steuern			
Umsatzsteuer (einschl. Bundeszuschlag)	4 979	5 933	+ 954
Zölle	971	1 357	+ 386
Tabaksteuer	1 091	1 197	+ 106
Biersteuer	287	296	+ 9
Weinsteuer	68	68	0
Mineralölsteuer (einschl. Bundeszuschlag)	651	813	+ 162
Sonstige Verbrauchssteuern	63		- 44
Gebühren- und Verkehrssteuern	1 729	2 046	+ 317
Sonstige Abgaben	101	104	+ 3
Zusammen	9 940	11 835	+ 1 893
Öffentliche Abgaben, brutto	17 498	18 851	+ 1 353
Überweisungen an Länder und Gemeinden	- 5.044	- 5.330	+ 286
Bundeseinnahmen aus öffentlichen Abgaben (netto)	12 454	13 521	+ 1.067
B. Steuerähnliche Einnahmen			
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	666	845	+ 179
Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfenausgleichsfonds	1 487	1 720	+ 233
Kunstförderungsbeiträge und Kultur Groschen	17	19	+ 2
Sonderbeiträge gem. § 12 Wohnungsbauhilfengesetz	179	210	+ 31
Einnahmen der Preisausgleichsfonds	182	100	- 82
Zusammen	2 531	2 894	+ 363
C. Steuern und steuerähnliche Einnahmen des Bundes insgesamt			
	14 985	16 415	+ 1 430

Wohnhaus-Wiederaufbaubeitrag und 3% als Familienlastenausgleichsbeitrag getreten. Nur die restlichen 2% des Zuschlages fielen weg.

Von den indirekten Steuern nahmen die Erträge an Umsatzsteuer (+ 954 Mill. S = 19%), Zöllen (+ 386 Mill. S = 40%) und Mineralölsteuer (+ 162 Mill. S = 25%) besonders stark zu. Die Zuwachsraten entsprechen fast genau der Steigerung des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens (+ 20%), des Importvolumens (+ 39%) und der Motorisierung (26%).

Das Ende der russischen Besetzung wirkte sich in höheren Einkünften an Tabaksteuer (+ 106 Mill. S oder 10%) aus; im Jahre 1956 werden auch die Einnahmen aus Umsatzsteuer und Zöllen steigen.

Die steuerähnlichen Einnahmen (+ 363 Mill. S = + 14%), großteils Belastungen der Löhne und Gehälter, stiegen mit der Lohn- und Gehaltssumme. Nur die Einnahmen der Preisausgleichsfonds sowie die Kunst- und Kulturbeiträge gingen zurück.

Die Belastung des Brutto-Nationalproduktes mit Steuern und steuerähnlichen Abgaben¹⁾ ist weiter zurückgegangen, und zwar von 33 6% (1953) auf 32 3% (1954) und 31 2% (1955). Trotz steigenden Abgabenerträgen seit Beginn der Stabilisierung hat der Steuerdruck leicht nachgelassen. Während sich der Anteil der indirekten Steuern und der direkten Proportionalsteuern am Nationalprodukt in den letzten drei Jahren kaum änderte, von 13 4 und 6 0% (1953) auf 13 7 und 6 1% (1955), ist die Belastung mit direkten Progressivsteuern (Lohn- und Einkommensteuer usw.) von 14 2% (1953) auf 11 4% (1955) zurückgegangen. Das Volkseinkommen hat so stark zugenommen, daß trotz Milderung der direkten Steuerbelastung sowie stabilen indirekten Steuern und sonstigen Abgaben mehr Steuern eingenommen werden konnten. (Im Gegensatz zu den Bundesabgaben im engeren Sinne, bei denen die indirekten Steuern gegenüber den direkten Steuern in den letzten Jahren sichtlich an Bedeutung gewonnen haben, ist im gesamten Bereich der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, also einschließlich der direkten steuerähnlichen Einnahmen, der außerbudgetären Wohnbauabgaben, der gesamten Sozialversicherungs- und Kammerbeiträge, denen durchwegs der Charakter direkter Steuern zukommt, die Verlagerung von der direkten zur indirekten Besteuerung kaum ausgeprägt.)

Fast ein Drittel des Nationalproduktes wird weggesteuert; ein internationaler Vergleich zeigt jedoch, daß diese Quote in anderen Staaten noch höher ist, so z. B. in Westdeutschland. Der Steuerdruck wurde in den letzten drei Jahren in Österreich rascher und fühlbarer als in anderen Ländern gemildert. Während die relative Steuerbelastung in der Deutschen Bundesrepublik von 1953 bis 1955 nur von 34 3% auf 33 0% abnahm, also um 1 3% des Brutto-Nationalproduktes, sank sie in Österreich in der gleichen Zeit von 33 6% auf 31 2 oder um 2 4%.

Von den sonstigen Einnahmen der Hoheitsverwaltung, die mit Ausnahme der Gewinnabfuhrungen (−390 Mill. S)²⁾ beträchtlich höher sind als im Vorjahr, entfällt der überwiegende Teil auf teils formelle (interne Umbuchung des Überschusses des Kinderbeihilfenfonds), teils echte Mehreinnahmen im Zusammenhang mit dem Familienbeihilfenausgleichsgesetz 1955

¹⁾ Neben den in der folgenden Übersicht angeführten Bundesabgaben sind auch andere Leistungen steuerlichen Charakters, die auf der Volkswirtschaft lasten, berücksichtigt: Die Ertragsanteile und eigenen Abgaben der Länder und Gemeinden (Grundsteuer, Lohnsummensteuer, Getränkesteuer usw.), die Einnahmen der außerbudgetären Fonds (Wohnbaubeiträge, Ausgleichbeiträge usw.) die Gewinne der Bundesmonopole (z. B. Branntwein) sowie sämtliche Kammer- und Sozialversicherungsbeiträge.

²⁾ Die vorjährige Vergleichszahl enthält noch einmalige Kursgewinne aus der Währungsabwertung 1953

Die relative Steuerbelastung in Österreich und in Westdeutschland

	1953		A Österreich 1954		1955	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
a) Direkte Steuern ¹⁾	11 0	14 2	11 4	13 0	11 4	11 4
b) Indirekte Steuern	10 4	13 4	11 7	13 3	13 7	13 7
Abgaben insgesamt	21 4	27 6	23 1	26 3	25 1	25 1
c) Sozialabgaben ¹⁾	4 7	6 0	5 2	6 0	6 1	6 1
Gesamte Steuerlast	26 1	33 6	28 3	32 3	31 2	31 2
Brutto-Nationalprodukt	77 6	100	87 5	100	99 8	100

	B Westdeutschland ²⁾		Mrd. DM		Mrd. DM	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
a) Direkte Steuern ¹⁾	14 9	11 1	15 2	10 4	15 8	9 5
b) Indirekte Steuern	20 4	15 2	21 8	15 0	24 9	15 3
Abgaben insgesamt	35 3	26 3	37 0	25 4	40 7	24 8
c) Sozialabgaben ¹⁾	10 8	8 0	11 6	8 0	13 4	8 2
Gesamte Steuerlast	46 1	34 3	48 6	33 4	54 1	33 0
Brutto-Nationalprodukt	134 3	100	145 5	100	164 0	100

Q: Statistisches Jahrbuch für die DDR 1955 bzw. „Wirtschaft und Statistik“, April 1956. — ¹⁾ Der Begriff der direkten Steuern erscheint in der deutschen Statistik enger, derjenige der Sozialabgaben dagegen weiter gefaßt zu sein als in Österreich. So werden z. B. in Österreich die Beiträge zum Kinderbeihilfenausgleichsfonds und die Arbeitslosenversicherungsbeiträge den direkten Steuern zugerechnet, in der Deutschen Bundesrepublik Abgaben ähnlicher Art aber nicht. Eine Zusammenfassung der Zahlen unter a) und c) bietet daher eine bessere Vergleichbarkeit. — ²⁾ Ohne West-Berlin

Die Betriebe und Monopole waren der allgemeinen Konjunktur entsprechend einen Mehrertrag von 903 Mill. S (+12 5%) ab. Besonders günstig haben die Monopole (Branntwein) und die mittleren Bundesbetriebe (Bundesforste, Staatsdruckerei, Münzamt und Bundestheater) abgeschnitten, die in den Vorjahren ihre Einnahmen nur geringfügig erhöhen konnten.

Die Mehreinnahmen von Post und Bahn wurden bei unveränderten Tarifen erzielt, gehen daher auf eine echte Leistungssteigerung zurück. Da die Mehreträge jedoch nicht ausreichten, die Kostensteigerungen auszugleichen, erhöhte sich das Gesamtdefizit dieser Betriebe (netto) um 453 Mill. S (44 0%). Der hohe Abgang erklärt sich allerdings zum Teil aus der Eigenart der kameralistischen Buchführung. Während z. B. die Post- und Telegraphenanstalt im Jahre 1954 nach der kameralistischen Buchführung einen Betriebsabgang von 76 Mill. S auswies, schloß die nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen erstellte Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Gewinn von 79 Mill. S. Auch die Bundesbahnen würden nach Aktivierung der hohen, in der ordentlichen Gebarung verrechneten Investitionsprojekte — selbst wenn angemessene Abschreibungen vorgenommen würden — eine bedeutend günstigere Gestion aufweisen als nach der bisherigen kameralistischen Methode. Es liegt daher auf der Hand, daß der ökonomischen Gliederung der öffentlichen Rechnungsabschlüsse im Hinblick auf eine exaktere Interpretation der Ergebnisse große Bedeutung zukommt.

Da ERP-Mittel nur bis zur Höhe der Rückflüsse freigegeben wurden, sind vom Counterpartfonds um 566 Mill. S weniger ERP-Darlehen flüssiggemacht

worden als im Vorjahr. In erster Linie wurde davon die Industrie betroffen, der an ERP-Krediten um 588 Mill S weniger zur Verfügung stand¹⁾ Der Ausfall an ERP-Krediten wirkte sich gesamtwirtschaftlich nur wenig aus, da sich die meisten Betriebe besser als in den vergangenen Jahren aus eigenen Überschüssen finanzieren konnten.

Gebarung aus Hilfskontenfreigaben

	1953 Erfolg	1954 Erfolg	1955 vorl. Erfolg Mill S	Haushalts- u. Anlehensgebarung 1948-55
A. Gebarung aus Hilfskontenfreigaben				
Einnahmen	904	941	375	11 783
davon im ordentl. Haushalt	78	56	80	
Ausgaben	902	943	375	11 783
B. Gebarung aus Rückflüssen von Hilfskontendarlehen				
Einnahmen	114	232	258	628
Ausgaben				
Wiederverwendung	47	52	74	173
Abfuhren auf das Hilfskonto	33	92	152	277
Dienstleistungsgebühren	21	22	22	68
Ausgaben (Summe)	101	166	248	518
Noch zur Verfügung stehender Betrag	13	66	10	110

Die Bundesschuld

Die Verschuldung des Bundes, die in der Vorkriegszeit die Staatsfinanzen stark belastete, hält sich gegenwärtig vor allem dank den Auslandshilfen nach dem zweiten Weltkrieg in bemerkenswert engen Grenzen.

Nach 1918 mußte Österreich hohe und teure *Auslandskredite* aufnehmen; die Inlandsverschuldung war nur halb so hoch wie die Auslandsverschuldung. Nach 1945 konnte Österreich dank großzügigen ausländischen Hilfsprogrammen, im großen und ganzen auf Auslandskredite verzichten. Obwohl auf Grund der Römischen Protokolle von 1952 die Vorkriegsschulden übernommen wurden – im Einvernehmen mit den Gläubigern allerdings stark ermäßigt –, beträgt die gesamte Auslandsverschuldung Österreichs derzeit mit 1,38 Mrd S (1937: 1,99 Mrd. S) kaufkraftmäßig nur etwa ein Zehntel des Vorkriegsstandes.

Die *Inlandsschulden* dagegen, die allerdings volkswirtschaftlich anders zu beurteilen sind als Auslandsschulden²⁾, sind noch immer verhältnismäßig hoch (11,4 Mrd S, davon wirksam 5,6 Mrd S), obwohl der österreichische Staat, im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern, keine unmittelbaren Kriegsschulden übernehmen mußte. Sie stammen fast durchwegs³⁾ erst aus der Nachkriegszeit und sind teilweise noch nicht konsolidiert. So besteht die derzeitige *wirksame*⁴⁾ Inlandsschuld aus 2,4 Mrd S kurz-

¹⁾ Die ERP-Kreditgewährung der Nationalbank aus Rückflüssen ist darin nicht enthalten.

²⁾ Sie verändern nur die Einkommens- und Vermögensverteilung, da der Schuldendienst nur aus Steuergeldern er-

Die Entwicklung der Bundesschulden

	jeweiliger Höchststand seit 1945	Stand 31. XII. 1954	XII. 1955	Zunahme(+) Abnahme(-)
Mill S				
A. Auslandsschulden				
1. Vorkriegsschulden				
Internat. Bundesanleihe 1930	306,8	297,1	239,3	- 57,8
Internat. garant. Bundesanleihe 1933/53	165,0	161,3	154,9	- 6,4
garant. österr. Konversionsanleihe 1934/59	469,7	462,3	456,5	- 5,8
Sonstige Auslandsschulden	237,3	212,4	198,6	- 13,8
Inlandsgläubiger	14,0	-	14,0	+ 14,0
Zusammen	1 192,8	1 133,1	1 063,3	- 69,8
2. Nachkriegsschulden				
12,5 Mill. \$ Surplus Credit USA	229,8	154,5	126,0	- 28,5
10 Mill. \$ War Assets Credit USA	75,9	36,3	31,1	- 5,2
Britische Reliefkredite	255,6	176,0	156,5	- 19,5
Zusammen	561,3	366,8	313,6	- 53,2
Auslandsschulden insgesamt	1 754,1	1 499,9	1 376,9	- 123,0
B. Inlandsschulden				
1. Langfristig				
Bundesschuld an die Österr. Nationalbank ¹⁾	5 888,0 ¹⁾	1 774,3	1 434,4	- 339,9
2% Bundesschuldverschreibungen 1947	1 999,4	1 105,9	1 091,2	- 14,7
5% Aufbauanleihe 1949	324,6	287,0	278,3	- 8,7
4% Bundesschuldverschreibungen 1953	297,9	180,0	71,9	- 108,1
Kredit der Creditanstalt-Bankverein Postkredit 1 (1953)	213,6	192,3	149,5	- 42,8
Postkredit 2 (1954)	200,0	200,0	200,0	-
Bundesanteil an Energieanleihe 1953	211,8	211,8	211,8	-
7% Opernanleihe 1953	80,0	80,0	80,0	-
6% Anleihe d. Bundesb. (1954)	600,0	600,0	600,0	-
2% Kredit der Österr. Nationalbank für Verpflichtung gegenüber Weltbank	352,5	352,5	352,5	-
4% Bundesschuldverschreibungen 1955	155,0	-	155,0	+ 155,0
Zusammen	10 322,8	4 983,8	4 624,6	- 359,2
2. Kurzfristig (Bundesschatzscheine)				
für Besatzungskosten	1 991,2	1 991,1	1 991,1	-
zur Kasstenstärkung gem. § 27 Währungsschatzgesetz	798,6	514,4	428,3	- 86,1
gem. § 3 Schatzscheinggesetz (für Weltbank ²⁾)	807,0	28,3	21,2	- 7,1
Sicherstellung des Gegenwertes amerik. Hilfslieferungen ³⁾	1 383,2	1 182,2	1 148,2	- 34,0
Zusammen	8 529,0	6 871,5	6 744,3	- 127,2
Inlandsschulden insgesamt	18 851,8	11 855,3	11 368,9	- 486,4
Gesamte Bundesschuld	30 605,9	13 355,2	12 745,8	- 609,4 ²⁾

¹⁾ Höchststand nach der Währungsreform 1947 (31. XII. 1948) – ²⁾ Davon Tilgung - 1.079 Mill. S und Neubegebung oder Neufestsstellung bzw. Prolongation + 470 Mill. S – ³⁾ Unwirksame Schulden derzeit unverzinslich

folgen kann. Werden allerdings die Steuereinnahmen für diesen Zweck zu stark in Anspruch genommen, so muß auf andere wichtigere Staatsausgaben verzichtet oder die Steuern erhöht werden.

³⁾ Außer der Reichsanleihe 1938/II, die zur Zeichnung von Aufbauanleihe 1949 verwendet werden konnte.

⁴⁾ Als *unwirksam* (derzeit unverzinslich) können gegenwärtig angesehen werden: Die Bundesschuld an die Nationalbank (1,434 Mill. S), die Bundesschatzscheine gemäß § 3. Schatzscheinggesetz (1,148 Mill. S) und zur Sicherstellung der US-Hilfslieferungen (price gap 3,156 Mill. S) zusammen 5,738 Mill. S.

fristigen Bundesschatzscheinen und 3 2 Mrd. S konsolidierten langfristigen Anleihen.

Im Jahre 1937 (31. Dezember) betrug die gesamte Inlandsschuld 1 51 Mrd. S (davon wirksam 0 90 Mrd. S); sie war damit real ungefähr gleich hoch wie im Jahre 1955 (die wirksame Schuld allein war real um etwa 10% höher als 1955). Der heute so niedrige Stand der Gesamtverschuldung des Bundes ist daher ausschließlich der geringen Auslandsverschuldung zu danken.

Gemessen am Nationalprodukt und am Steueraufkommen tritt der Rückgang der Verschuldung gegenüber der Vorkriegszeit noch klarer hervor als zu konstanten Preisen. Im Jahre 1937 erreichte die Gesamtschuld 41% (wirksame Schuld: 29%) des Brutto-Nationalproduktes und 356% (250%) der Steuereinnahmen des Bundes. Im Jahre 1955 betragen die entsprechenden Anteile 13% (7%) und 94% (52%). Die relative Bedeutung der Staatsschuld ist somit im Vergleich zu 1937 auf etwa ein Viertel zurückgegangen, die der Auslandsschuld allein sogar auf weniger als ein Sechzehntel.

Wichtiger als die absolute Höhe einer Staatsschuld ist die Höhe des Schuldendienstes (Tilgung und Zinsen); das Ausmaß der tatsächlichen fiskalischen Belastung hängt somit vor allem von den Kreditbedingungen ab. Auch eine verhältnismäßig hohe Staatsschuld, wie etwa jene der USA, kann leicht getragen werden, wenn sie zu durchschnittlich günstigen Anleihebedingungen (niedriger Zinsfuß und lange Amortisationsdauer) begeben werden kann.

Die Kreditbedingungen für Österreichs Staatsschulden haben sich, was die Verzinsung betrifft, gegenüber der Vorkriegszeit fühlbar gebessert. Während sich der Zinsendienst im Jahre 1937 noch auf durchschnittlich 4 8% (Inlandsschulden 4 6% und Auslandsschulden 5 0%) der wirksamen Bundesschuld belief, lag er 1955 nur noch bei 3 3% (Inland 3 5%, Ausland 2 6%). Vor dem Kriege kamen die Auslandsschulden teurer, gegenwärtig aber billiger als das knappe Inlandskapital.

Die Amortisationsquote ist dagegen weit höher als vor dem Kriege. Im Jahre 1937 wurden nur 1 7% (Inland 0 6%, Ausland 2 3%) der wirksamen Bundesschuld getilgt, im Jahre 1955 aber 10 6% (Inland 9 9%, Ausland 13 2%). Das erklärt sich zum Teil aus den außerplanmäßigen Tilgungen von Bundesschulden, die infolge der günstigen Lage der Bundesfinanzen in den letzten Jahren forciert wurden. Ferner ist der Anteil der kurz- und mittelfristigen Verschuldung (Bundesschatzscheine) weit höher als in der Vorkriegszeit. Auch in anderen Ländern besteht seit Kriegsende ein starker Trend zur Verkürzung der

Die relative Bedeutung der Bundesschuld in den Jahren 1937 und 1955

	1937			1955		
	Mill S	in % d. Brutto- National- produktes	in % d. Steuer- ein- nahmen ¹⁾	Mill S	in % d. Brutto- National- produktes	in % d. Steuer- ein- nahmen ¹⁾
1. Gesamtschuld	3 495	41	356	12 746	13	94
dav. Inland	1 508	18	154	11 369	12	84
Ausland	1 987	23	202	1 377	1 4	10
2. Wirksame Ge- samtsschuld	2 453 ²⁾	29	250	7 008 ³⁾	7	52
dav. Inland	896	11	91	5 631	6	42
Ausland	1 557	18	159	1 377	1 4	10

¹⁾ Steuereinnahmen des Bundes ohne steuerähnliche Abgaben — ²⁾ Ohne Reliefschuld usw. (430 Mill S) und Schuld a. d. Österr. Nationalbank (612 Mill S) — ³⁾ Ohne Schuld an die Österr. Nationalbank (1 434 Mill S) und Bundesschatzscheine gemäß 3. Schatzschein-gesetz (1 148 Mill S) sowie zur Sicherstellung des Gegenwertes amerikanischer Hilfs-lieferungen (3 156 Mill S)

Laufzeit von Krediten, wobei gleichzeitig auch die durchschnittliche Verzinsungsrate sinkt.

Der gesamte Schuldendienst (Verzinsung + Tilgung) erhöhte sich gegenüber dem letzten Vorkriegs-jahr von 6 5% (Inland 5 2%, Ausland 7 3%) auf 13 9% (Inland 13 4%, Ausland 15 8%) der wirksamen Bundesschuld. Trotzdem mußten im Jahre 1955 nur 7 2% der Steuereinnahmen des Bundes aufgewendet werden, während im Jahre 1937 noch 16 3% beansprucht wurden. Die relativen Kosten der gesamten Staatsschuld sanken im gleichen Zeitraum von 18 0% auf 9 7% des Steuerertrages. Damit hat sich, einschließlich der Amortisation, der reale Druck der Bundesschuld (= laufender Schuldendienst) gegen-über dem Jahre 1937 auf rund die Hälfte vermindert. Sobald die außerplanmäßigen und einmaligen Tilgungen wegfallen, wird der laufende Schuldendienst weiter zurückgehen. Die relativen Kosten der Staats-schulden sind zwar ebenso wie die relative Höhe ge-ringer als vor dem Kriege, der Unterschied ist jedoch viel knapper.

Im Gegensatz zu 1954, als großzügige öffentliche An-leihen aufgelegt oder begeben wurden¹⁾, hat der Bund im Jahre 1955 den Kapitalmarkt nicht beansprucht, da er über hohe Reserven aus den Vorjahren verfügte. Die Zunahme der Bundesschuld geht zum Teil darauf zurück, daß die Aktionäre verstaatlichter Unterneh-mungen mit 4% Bundesschuldverschreibungen ent-schädigt wurden. Außerdem wurden verschiedene alte

¹⁾ Im Jahre 1954 nahm der Bund folgende Kredite auf:

Rest des Postkredites 1	67 Mill S
5 1/2% Opernanleihe 1954, 2. Tranche	45 Mill S
Bundesanteil an der 5% Energieanleihe 1953	212 Mill S
6% Bundesbahnanleihe für Elektrifizierung und Bahnhofsbauten	600 Mill S
4% Postkredit 2	200 Mill S
2% Kredit der Österreichischen Nationalbank zur Finanzierung einer Kapitalquote Österreichs bei der Weltbank	352 Mill S
	<hr/> 1 476 Mill S

Die relative Bedeutung des Schuldendienstes für die Bundesschuld in den Jahren 1937 und 1955

Aufwand für	1937						1955					
	Gesamtschuld		Wirksame Schuld		in % der		Gesamtschuld		Wirksame Schuld		in % der	
	Mill S	% ¹⁾	in % der	Mill S	% ¹⁾	Steuer-	Mill S	% ¹⁾	in % der	Mill S	% ¹⁾	Steuer-
			einnahmen			einnahmen			einnahmen			einnahmen
			²⁾			²⁾			²⁾			²⁾
Verzinsung												
Inlandsschuld	50.3	3.3	5.1	41.6	4.6	4.2	199	1.7	1.4	199	3.5	1.4
Auslandsschuld	77.3	3.9	7.9	77.3	5.0	7.9	35	2.6	0.3	35	2.6	0.3
	127.6	3.7	13.0	118.9	4.8	12.1	234	1.8	1.7	234	3.3	1.7
Tilgung												
Inlandsschuld	13.3	0.9	1.3	4.9	0.6	0.5	897	7.9	6.7	557	9.9	4.2
Auslandsschuld	36.1	1.8	3.7	36.1	2.3	3.7	182	13.2	1.3	182	13.2	1.3
	49.4	1.4	5.0	41.0	1.7	4.2	1079	8.5	8.0	739	10.6	5.5
Gesamter Schuldendienst												
Inlandsschuld	63.6	4.2	6.4	46.5	5.2	4.7	1096	9.6	8.1	756	13.4	5.6
Auslandsschuld	113.4	5.7	11.6	113.4	7.3	11.6	217	15.8	1.6	217	15.8	1.6
	177.0	5.1	18.0	159.9	6.5	16.3	1313	10.3	9.7	973	13.9	7.2

¹⁾ Gemessen an der jeweiligen absoluten Schuldhöhe = durchschnittliche Verzinsung und Amortisation in % — ²⁾ Gemessen an den jeweiligen Steuereinnahmen des Bundes = relative Bedeutung von Verzinsung und Amortisation.

Verpflichtungen, die bisher nicht ausgewiesen wurden, in den Schuldenstand aufgenommen und 20% Bundesschuldverschreibungen 1947 infolge R.M.-Kontoumwandlungen u. dgl. neu begeben. Die Amortisation der Bundesschulden schritt dagegen stark fort. Sie verminderten sich netto im Vergleich zum Vorjahresstichtag (31. Dezember 1954) um 609 Mill. S und brutto um 1.079 Mill. S²⁾. Es wurden ausländische Altschulden (vor 1938) im Werte von 115 Mill. S, ausländische Neuschulden (seit 1945) zu 53 Mill. S, die unwirksame Schuld (Nationalbank

²⁾ Davon entfallen allerdings 374 Mill. S auf die geldmäßig unwirksame Reduktion der Bundesschuld bei der Nationalbank usw., so daß nur 705 Mill. S für die Tilgung der wirksamen Schuld verbleiben.

usw.) zu 375 Mill. S und die wirksame lang- und kurzfristige Inlandsschuld zu 537 Mill. S getilgt.

Die gesamte Schuldentilgung war damit brutto zwar geringer als im Vorjahr (– 1.227 Mill. S), reduzierte aber, dank der zurückhaltenden Anleihepolitik, per Saldo die Bundesschuld absolut beachtlich (um 690 Mill. S).

Der Bund war offensichtlich bestrebt, die wirksamen kurzfristigen Verpflichtungen und die Auslandsschulden möglichst rasch abzubauen oder wenigstens zu konsolidieren und den Anleihemarkt im wesentlichen nur zur Finanzierung der Bundesinvestitionen des außerordentlichen Haushalts in Anspruch zu nehmen.